

FRAKTUR

Aschenbrödel

Keiner machen Leute. Die alte Volksweisheit fiel uns wieder ein, als die traurige Nachricht über den Ticker lief, Aschenbrödel sei gestorben. Verblühen ist natürlich nicht die Märchenfigur; die wird bis in alle Ewigkeit an Weihnachten auf ihrem Schimmel über unsere Bildschirme galoppieren. Das Zeitliche gesegnet hat die tschechische Schauspielerin Libuše Šafránková, die für uns immer das einzig wahre Aschenbrödel sein wird. Sie schlüpfte nie mehr in die prächtigen Roben, die das böhmische Aschenputtel in eine bezaubernde Prinzessin verwandelten. Alle Zuschauer wussten, dass die nicht echt war. Trotzdem schmolz bei ihrem Anblick jeder dahin wie eine Kugel Eis neben einer Palatschke, die frisch aus der Pfanne kommt.

Auf diese Wirkung müssen auch Putin und Lukaschenko gesetzt haben, als sie sich kürzlich auf einer märchenhaften Yacht im Schwarzen Meer vor Sotschi trafen. Der russische Präsident trug ein schneeweißes Wams wie Aschenbrödel's Prinz. Lukaschenko hatte etwas an, das nach dunkelblauem Samt aussah. Er wirkte neben Putin aber dennoch wie der Knecht Vinzek im Märchen. Wohl um zu zeigen, dass er der Urvater einer belarussischen Herrscherdynastie sei, brachte Lukaschenko seinen jüngsten Sohn mit auf das schwimmende Schloss. Da konnte Putin, sonst dem Gast in allem überlegen, nicht mithalten.

Auffällig war auch noch, dass beide Präsidenten nach westlich-dekadenter Art Turnschuhe trugen, obwohl man sie sich doch eher in Schaffstiefeln vorstellt. Aber sie spielten uns ja eben ein Märchen vor: Es waren einmal zwei coole Dudes, Wladimir und Alexandr, die wollten eigentlich immer nur am Strand sitzen und angeln. Aber sie konnten nicht einmal einer Fliege et-



Frisierter Lebenslauf: Das geht schon im Märchen nicht gut aus.

was zuleide tun, weswegen sie Erdbeerkompott miteinander aßen. Und wenn sie nicht gestorben sind, dann essen und herrschen sie noch heute.

Während sich diese Vorführung relativ leicht dechiffrieren ließ, waren die drei Rätsel, die uns ein Politiker in Berlin aufgab, als sei er das deutsche Aschenbrödel, schon ziemlich harte Haselnüsse. Sie lauteten: Er trägt Turnschuhe zu einem offiziellen Anlass – aber Joseph Fischer ist er nicht. Er hat dabei auch eine Jeans an – aber die Muttergoten auf dem neuen Altarbild in der St.-Clemens-Kirche im Sauerland ist er nicht. Komplettiert wird sein Outfit von einem schwarzen Strickpullover – aber CDU-Mitglied ist er auch nicht.

Kein Wunder, dass Sie jetzt so ratlos dastehen wie der Prinz im Märchen. Wir wollen es hier aber kurz machen: Unser Aschenbrödel heißt Heiko. Maas erschien in diesem Aufzug allerdings nicht auf einem Maskenkaball, sondern vor dem Auswärtigen Amt, um dort mit gesetzten Worten zu verkünden, dass Deutschland Namibia und die Nachkommen der Herero um Vergebung für den Völkermord am Anfang des vergangenen Jahrhunderts bitten werde. Kein Wunder also, dass unser Außenminister dafür nicht im üblichen Maasanzug kam, sondern in Sack und Asche ging; die Gräueltaten von damals sollen schließlich „ohne Beschönigung“ genannt werden.

Ein bisschen wie Aschenbrödel kam uns zuletzt auch Annalena Baerbock vor. Allerdings scheint in ihrem Fall der Film rückwärts zu laufen. Die strahlende Prinzessin droht sich in ein hässliches Entlein zu verwandeln. Das kommt davon, wenn man vorgibt, etwas zu sein, das man nicht ist. Das geht schon im Märchen nicht gut aus, wie soll es da in der Wirklichkeit besser laufen? Glaubte die Meisterin des Völkerrechts im Ernst, ihren Lebenslauf frisieren zu können, ohne dass das einer merkt? Beim Stichwort „German Marshall Fund“ schaut doch jeder besonders genau hin, seit dieser vor ein paar Jahren im ZDF zu den „transatlantischen Swingerclubs“ gezählt wurde.

Jetzt ist Blut im Schuh, und die Prozedur purzeln. Ob es da aber wirklich hilft, dass die Grünen Claudia Roth nach vorne auf die Bühne schieben wollen? Die habe „auf ältere, junggebliebene Menschen eine enorme Ausstrahlung“, behauptete der Grünen-Geschäftsführer Kellner. Das hätte er auch über die Stiefmutter in „Drei Haselnüsse für Aschenbrödel“ sagen können. Die trägt ebenfalls wallende, farbenprächtige Kleider. Ihr Schicksal sollte den Grünen aber eine Warnung sein: Beim Versuch, mit der schummelnden Tochter im Schloss einzuziehen, landet sie im eiskalten Wasser. bko.

Als Bundesfinanzminister Olaf Scholz, SPD, um die Jahreswende einen Fragenkatalog an Gesundheitsminister Jens Spahn von der CDU schickte, in dem Aufklärung über die Corona-Impfkampagne verlangt wurde, waren die Machtverhältnisse in der Union noch nicht sortiert. Weder war klar, wer Vorsitzender würde, noch die Frage nach der Kanzlerkandidatur beantwortet. Spahn konnte sich nicht ganz so sicher sein, wer ihn aus den eigenen Reihen gegen die anrennenden Genossen verteidigen würde.

Jetzt, da in der Union die wichtigen Entscheidungen getroffen sind, kann der Gesundheitsminister sich darauf verlassen, dass alle wichtigen Unionsleute bis hinauf zur Bundeskanzlerin hinter ihm stehen. So war es auch in dieser Woche, als der Vorwurf der SPD hieß, Spahn habe in der frühen Phase der Pandemie Schutzmasken in den Umlauf gebracht, die nicht den erforderlichen Sicherheitsstandards entsprachen hätten. Am Freitag bekamen die vom Gesundheitsministerium bereits mehrfach zurückgewiesenen Vorwürfe neue Nahrung durch einen Bericht der Zeitschrift Der Spiegel. Mehrere Bundesländer hätten die vom Bund gelieferten Schutzmasken noch einmal auf ihre Sicherheit überprüft und wegen Qualitätsmängeln mehrere Millionen davon aus dem Verkehr gezogen. Zitiert wird aus einem Brief der Paritätischen Pflege Schleswig-Holstein an Spahn. Dort war es zu einem Corona-Ausbruch gekommen, fünf Menschen starben. Es sei „nicht auszuschließen“, so heißt es in dem Brief, dass „der Einsatz Ihrer mangelhaften Masken für den Ausbruch mitverantwortlich war“.

Doch die Sache ist kompliziert. Wie kompliziert, zeigt ein Brief aus dem Ministerium für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg, das von dem Grünen-Politiker Manfred Lucha geführt wird. Er wurde mit dem Datum vom 5. Februar 2021 an die kommunalen Spitzenverbände versandt. Darin heißt es, Baden-Württemberg habe bei seinen eigenen Bestellungen die aus China und anderen Staaten stammenden Masken „stichprobenartig einer qualifizierten Laboruntersuchung unterzogen“, nach Maßgabe der „zum Zeitpunkt der Einfuhr gültigen Prüfvorgaben“. Diese habe ergeben, dass die Masken den Anforderungen genügt hätten. Bei den Masken, die vom Bund beschafft worden seien, habe man sich auf dessen technische Nachprüfung verlassen. Doch aufgrund anhaltender Zweifel an der Qualität von Masken hatte das Sozialministerium im Januar beschlossen, „das gesamte Lagersortiment“ der von Bund und Land beschafften Masken noch einmal überprüfen zu lassen, und zwar von der DEKRA, einer amtlich anerkannten Prüf- und Überwachungsorganisation.

Zum Zeitpunkt, als das Schreiben verfasst wurde, waren 27 Maskentypen getestet worden. Davon hätten 13 „nicht den Anforderungen nach EN149“ genügt. EN149 ist die europäische Norm für die Maskentypen FFP. Das Schreiben führt im Weiteren die 13 inkriminierten Masken nach Hersteller, Modell, Herstellungsdatum und Chargennummer auf, bei der Mehrzahl wird eine „Durchlässig-



Corona gebannt: Deutschland im Sommerreiseieber

Bund, Land, Maske

Jens Spahn steht wegen der Maskenlieferungen des Bundes unter Druck – doch auch Bestände der Länder wurden als fehlerhaft reklamiert.

Von Eckart Lohse und Markus Wehner, Berlin

keit deutlich oberhalb der Normwerte“ als Mangel angeführt. Getestet werden immer mehrere Masken einer bestimmten Charge, also einer Produktionseinheit. Auffällig ist, dass bei sechs getesteten Masken die Chargennummer „unbekannt“ war. Bei einer Maske vom Hersteller Uleok Tangshan Technology Co. Ltd. war nicht nur die Chargennummer unbekannt, sondern auch das Modell und das Herstellungsdatum.

Das Ministerium teilt im Weiteren mit, dass „bedauerlicherweise“ auch von der DEKRA beanstandete Masken an Pflegeheime und Einrichtungen der Eingliederungs- und Wohnungslosenhilfe ausgegeben wurden, nachdem die Landesregierung im Dezember 2020 beschlossen hatte, den Bewohnerinnen und Bewohnern

90 Atemschutzmasken kostenlos zuzuteilen. Für das Ministerium sei es „leider nicht mehr abschließend feststellbar, ob und wie viele Masken“, die nun beanstandet worden seien, „an die jeweilige Einrichtung verteilt worden sind“. Deshalb habe man beschlossen, alle belieferten Einrichtungen abermals „mit jeweils 90 EU-konformen FFP2-Masken“ auszustatten – „vorzugsweise aus deutscher Produktion“. Das bedeute allerdings erheblichen logistischen Aufwand. Der Austausch und die Nachlieferung von FFP2-Masken dauerten immer noch an, teilte das Ministerium in Stuttgart auf Anfrage der F.A.Z. am Freitag mit.

Heime und Einrichtungen werden im Weiteren aufgefordert, Kartons mit Masken nicht zu vernichten – um ent-

sprechende Schadenersatzansprüche gegenüber dem Lieferanten geltend machen zu können. Von 17 beanstandeten Maskentypen seien 13 vom Bund beschafft worden, vier hingegen vom Land, heißt es in Stuttgart. Die These, dass allein aus dem Hause Spahn „minderwertige“ Masken beschafft und verteilt worden seien, lässt sich also kaum aufrechterhalten.

In Berlin herrschte am Freitag im Saal der Bundespressekonferenz trotz der sommerlichen Hitze in der Hauptstadt die schon gewohnte Kühle rings um die Plätze der Sprecher des von CDU-Mann Spahn geführten Gesundheits- und des vom Sozialdemokraten Heil geführten Arbeitsministeriums. Das sind die beiden Ressorts, die im Zentrum des Streits stehen. Der Sprecher des Arbeitsministeriums reagierte auf die neuen Berichte, dass Länder sich über die mangelnde Qualität der vom Bund geschickten Masken beschwert hätten, mit der Darstellung, man habe eine „deutlich andere Auffassung“ davon, welche Prüfmaßstäbe an welche Masken anzulegen seien. Seitens des Gesundheitsministeriums hieß es, man habe den Ländern bei der Maskenlieferung eine Prüfung angeboten, falls diese meinten, Anlass zu Reklamationen zu haben. Es habe zwar Reklamationen gegeben, aber keine Prüfung habe ergeben, dass Lieferungen mangelhaft gewesen seien. Spahn, so heißt es, habe nichts dagegen, die Prüfberichte des Gesundheitsministeriums offenzulegen. Aus Gründen des Wettbewerbs wird das aber möglicherweise nur in der Geheimhaltungsstelle des Bundestages geschehen.

Intensive Belastungsprobe

Haben Krankenhäuser falsche Angaben zur Auslastung der Intensivbetten gemacht? / Von Christian Geinitz, Berlin

„Horror-Zahlen gefälscht: Der große Betrug mit den Intensivbetten“, titelte die Bild-Zeitung am Freitag. Anlass für den vermeintlichen Knüller war ein tags zuvor bekannt gewordener Bericht des Bundesrechnungshofs für den Haushaltsausschuss des Bundestags. Darin wurde unter anderem ein Brief des Robert-Koch-Instituts (RKI) an das Gesundheitsministerium von Jens Spahn (CDU) aus dem Januar zitiert, wonach Krankenhäuser „zum Teil weniger intensivmedizinische Behandlungsplätze meldeten, als tatsächlich vorhanden waren“. Für den Rechnungshof waren diese möglichen Falschmeldungen deshalb von Bedeutung, weil die Kliniken zu jenem Zeitpunkt nur noch dann Ausgleichszahlungen für nicht belegte Betten erhielten, wenn in ihrer Region die Zahl der vakanten Intensivplätze weniger als ein Viertel der Kapazität betrug. Es bestand also die Gefahr, dass die Häuser die Lage schlimmer darstellten, als sie war, um weiterhin die Freihalteprämie zu kassieren.

Ungenau oder bewusst falsche Angaben könnten aber auch, und das ist die Hauptbotschaft der Kritik, die Ausmaße der Pandemie verzerrt haben. Denn neben anderen Parametern dient die Zahl der verfügbaren Intensivbetten dem RKI und der Politik zur Lageeinschätzung und hat damit letztlich Auswirkungen auf die Beschränkungen im öffentlichen Leben. Der Vorwurf der Bild-Zeitung an Spahn und auch an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) lautet: „Die Bundesregierung wusste seit Monaten über die Manipulation Bescheid. Doch den Bürgern sagte sie nichts.“

In Berlin wies man das am Freitag zurück. Das Kanzleramt teilte mit, es habe keinerlei Erkenntnisse über mögliche Schummelleien. Das Gesundheitsministerium bestätigte zwar die Existenz des RKI-Briefes, in diesem sei aber explizit darauf hingewiesen worden, dass sich „diese Befürchtungen nicht mit Daten und Analysen“ belegen ließen. Insofern habe es keine belastbaren Erkenntnisse

darüber gegeben, dass die „Angaben zur Auslastung der intensivmedizinischen Behandlungskapazitäten künstlich zu hoch angesetzt waren“.

Dennoch, so das Haus von Jens Spahn, sei man dem Verdacht nachgegangen und habe zum Beispiel die Landesgesundheitsminister, in deren Zuständigkeit die Krankenhäuser fallen, auf mögliche Unstimmigkeiten hingewiesen.

Klar wurde am Freitag, dass die Hinweise des Rechnungshofs im Wahlkampf, der sich auch um das „Corona-Management“ drehen dürfte, einige Brisanz entwickeln könnten. Nicht zuletzt deshalb, weil Spahn durch andere Vorwürfe in Sachen Impfen, Testen und Maskenbeschaffen ohnehin angeschlagen ist. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki von der FDP forderte Merkel zu einer Klarstellung darüber auf, „was sie über die Falschangaben bei den Intensivbetten wusste“. Falls sie dazu im Bilde gewesen sei, habe sie „vorrätlich“ das Vertrauen und die politische Kultur beschädigt. Selbst Erwin Rüdell,

der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Bundestag und wie Spahn und Merkel CDU-Mitglied, forderte die Regierung auf, die Sache „schnellstmöglich aufzuklären“. Der Rechnungshofbericht werfe „besorgniserregende Fragen an Krankenhäuser auf“.

Die Kliniken ihrerseits fühlen sich zu Unrecht angegriffen. Der Vorwurf sei schlichtweg falsch, dass die Häuser eine zu hohe Intensivlast gemeldet hätten, um von Ausgleichszahlungen zu profitieren, teilte die Deutsche Krankenhausgesellschaft mit: „Es gibt weder konkrete Hinweise noch belegbare Vorwürfe gegen ein Krankenhaus – auch vonseiten des Rechnungshofs nicht. Falsch sei auch die Behauptung, es reichten weniger als 25 Prozent Auslastung, um die Leistungen zu erhalten. Vielmehr müssten weitere Parameter hinzukommen, etwa eine Inzidenz von mindestens 50. Im Übrigen zeige die extreme Belastung des Klinikpersonals, wie irrig die Vorstellung sei, dass die Pandemie „schlimmer gerechnet wurde, als sie eigentlich war“.

STIMMEN DER ANDEREN

Auf dem Weg hinaus aus dem Tunnel

Die rechtsliberale dänische Tageszeitung Jyllands-Posten (Aarhus) sieht das Turnier positiv:

„Es war der legendäre Liverpooler Trainer Bill Shankly, der die unsterblichen Worte sagte, dass Fußball keine Frage von Leben und Tod sei. Er ist viel wichtiger. Man muss keine so weitreichende Diagnose unterschreiben, um sich darüber zu freuen, dass die EM nun losgeht. Man kann sie als einen willkommenen Beitrag zur Normalisierung des gesellschaftlichen Lebens betrachten, nach der sich alle gesehnt haben. Das Wichtige ist, dass wir auf dem Weg sind; von jetzt an sollte es nur besser werden, und der Fußball hat in der allzu langen Zeit nicht seine Faszinationskraft verloren, als er entgegen seiner Natur ohne Zuschauer gespielt wurde. Fußball ist Emotion. Fußball darf gerne laut ausgelebt werden. Dafür bekommen wir in der nächsten Zeit alle Gelegenheiten. Dass sich das machen lässt, ist der

beste Beweis dafür, dass wir auf dem Weg hinaus aus dem Tunnel sind.“

Die Pandemie ist nicht vorbei

Die linksgerichtete tschechische Zeitung Pravo befasst sich mit der Impfskepsis:

„Das Coronavirus sorgt weiter für Unheil. Für große Komplikationen könnte eine schwindende Impfbereitschaft sorgen. Unter Jüngeren halten sich viele für gesund, stark und immun. Und Menschen mit niedrigem Bildungsstand und geringem Einkommen fallen besonders oft auf Desinformationskampagnen herein. Werbekampagnen für die Impfung sollten sich auf diese Gruppen konzentrieren. Das ist eine Aufgabe nicht nur für Gesundheitsämter, sondern nicht zuletzt auch für die Politik. Viele Politiker verhalten sich indes so, als ob schon alles vorbei sei. Doch dem ist nicht so – ebenso wenig wie nach dem gemühtlichen Sommer im vorigen Jahr.“